

Investitionen in die Zukunft und Haushaltsdisziplin

Der Haushalt 2019 hat ein Volumen von knapp 32,9 Milliarden Euro und wird in der Finanzplanung bis auf 35,8 Milliarden Euro im Jahr 2022 anwachsen. „Der heute eingebrachte Haushaltsentwurf ist der erste strukturell ausgeglichene in der Geschichte des Landes Niedersachsen, ohne Neuverschuldung, ohne Deckungslücken, ohne Einmaleffekte“, erklärte CDU-Fraktionschef Dirk Toepffer. Mit diesem setze die Regierungskoalition die thematischen Akzente des vorangegangenen Nachtragshaushalts fort: Bildung, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Innere Sicherheit, Investitionen in zukunftsfähige Infrastruktur und Entwicklung des ländlichen Raums. „Gleichzeitig bestehen wir auf Haushaltsdisziplin und Schuldenabbau“, so Toepffer. Mit Blick auf Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit dürfe nur das Geld ausgegeben werden, das man tatsächlich hat.

„Beratung vor Sanktion“ – Entlastung der Vereine beim Datenschutz



„Wir können nicht jeden Euro zweimal ausgeben. Deshalb gehen wir sparsam mit den uns anvertrauten Haushaltsmitteln um. Dabei vernachlässigen wir aber keinesfalls die notwendigen Zukunftsinvestitionen“, so Toepffer.

Für 56.750 Vereine in Niedersachsen gilt seit dem 25. Mai 2018 die Datenschutz-Grundverordnung, kurz DSGVO. Ihre praktische Umsetzung stellt die ehrenamtlich Tätigen vor große Herausforderungen – vor allem aufgrund teils erheblicher Sanktionen, die bei Zuwiderhandlung drohen. Aus Sicht des CDU-Landtagsabgeordneten Rainer Fredermann müsse die Politik nun gegensteuern. In einem Entschließungsantrag forderten CDU und SPD die Landesdatenschutzbeauftragte deshalb auf, bei einem Erstverstoß den Grundsatz „Beratung vor Sanktion“ zu befolgen. „So wichtig der Schutz persönlicher Daten ist, so komplex ist das Gesetz, das diesen Schutz garantiert. Wir wünschen uns anwenderfreundliche und konkrete Handlungs- und Formulierungshilfen für Vereine, damit sie mit den neuen Regeln rechtssicher umgehen können“, fordert Fredermann.

Ausbreitung der Afrikanischen Schweinepest (ASP) mit allen Mitteln verhindern

„Es ist eingetreten, was wir lange befürchtet haben: Die ASP steht nun direkt vor unserer Haustür, nur 60 Kilometer entfernt. Der volkswirtschaftliche Schaden durch die Afrikanische Schweinepest in Deutschland wäre enorm und wir müssen eine Ausbreitung der ASP mit allen Mitteln verhindern. In Niedersachsen sind wir gut vorbereitet und werden mit der Novellierung des Jagdgesetzes dafür sorgen, dass wir im Falle des Falles schnelle Maßnahmen gegen eine Ausbreitung der Afrikanischen Schweinepest ergreifen können“, erklärte Fraktionsvize Helmut Dammann-Tamke. Die Wildschweinbestände müssen weiter reduziert werden, dies mache es der ASP schwieriger, sich auszubreiten. Allerdings sei der Faktor Mensch das größte Risiko bei der Ausbreitung der ASP. „Daher sind die in Nieder-



sachsen getroffenen Hygiene- und Informationsmaßnahmen entlang der Transitrouten richtig und müssen ebenfalls fortgesetzt werden. Eine erfolgreiche Bekämpfung der ASP kann aber nur auf gesamteuropäischer Ebene erfolgreich sein.“